



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 5. September 2022

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 5. September 2022**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	4
3. ZUR WOCHE.....	12
TOP 2: Corona-Schutzmaßnahmen für den Herbst und Winter	12

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Wir sorgen für eine sozial gerechte Transformation

„Sicherheit geben. Chancen schaffen.“ – das ist unsere Botschaft aus Dresden. Klar ist: der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft ist dringend notwendig. Und dabei müssen alle mitgenommen werden. Den anstehenden Herausforderungen begegnen wir mit konkreten Antworten, denn wir wollen den Wandel sozial gestalten, die Chancen der Transformation nutzen und eine gerechte Finanzierung sicherstellen.

Wir stabilisieren in der Krise und bauen Zukunftsinvestitionen aus

In Zeiten sich überlappender Krisen wollen wir haushaltspolitisch handlungsfähig bleiben. Wir wollen die großen Herausforderungen sozial gerecht und nicht zu Lasten der Schwächsten bewältigen. Daher treffen wir Vorsorge und stellen im Haushalt beispielsweise 5,4 Milliarden Euro zur Sicherung der Energieversorgung bereit. Zugleich denken wir auch an morgen. Unsere Investitionsausgaben steigen auf Rekordniveau: Bis 2026 investieren wir rund 265,6 Milliarden Euro. Damit sorgen wir dafür, dass die Transformation der deutschen Volkswirtschaft in eine nachhaltige, klimaneutrale und digitale Wirtschaft gelingen kann.

Wir stellen die Energieversorgung sicher und sorgen für bezahlbaren Strom

Russland setzt weiterhin Energie als Waffe ein und treibt die Energiepreise hoch. Uns steht deshalb ein Winter der Herausforderungen bevor – in den wir aber nicht unvorbereitet gehen. Im Gegenteil: Wir diversifizieren die Bezugsquellen, füllen die Gasspeicher und stellen so die Gasversorgung in Deutschland sicher. Zugleich schöpfen wir Zufallsgewinne von solchen Unternehmen ab, die von den hohen Energiepreisen aktuell besonders profitieren – auf EU-Ebene oder, wenn nötig, auch nur hierzulande. Die Einnahmen nutzen wir zur Finanzierung einer Strompreisbremse, die Privathaushalten den Basisverbrauch an Strom zu einem vergünstigten Preis gutschreibt. Parallel treiben wir den maximalen Ausbau der Erneuerbaren Energien voran, um uns langfristig unabhängig zu machen von russischer und von fossiler Energie.

Wir entlasten die Bürger:innen um weitere 65 Milliarden Euro

Das dritte Entlastungspaket steht. Mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro ist es mehr als doppelt so groß wie das erste und zweite Paket zusammen. Besonders Gering- und Normalverdienende nehmen wir in den Blick. Durch eine umfassende Wohngeldreform ab 2023 erhalten künftig deutlich mehr Menschen finanzielle Hilfe. Zudem gibt es einen zweiten Heizkostenzuschuss von mindestens 415 Euro. Wir erhöhen das Kindergeld um 18 Euro monatlich – das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern ein Plus von 864 Euro in den kommenden zwei Jahren. Zugleich entlasten wir Rentner:innen mit einer Energiepreispauschale von 300 Euro zum 1. Dezember 2022. Studierende und Fachschüler:innen erhalten 200 Euro, neben dem bereits beschlossenen Heizkostenzuschuss von 230 Euro. Durch das neue Bürgergeld, das Anfang 2023 eingeführt wird, steigen die Regelsätze in der Grundsicherung auf rund 500 Euro. Und wir geben Beschäftigten und Unternehmen mehr Sicherheit, indem wir die Regeln für das Kurzarbeitergeld über den 30. September 2022 hinaus verlängern.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach einer gelungenen Fraktionsklausur in Dresden und erfolgreichen Verhandlungen für ein drittes Entlastungspaket starten wir nun ins zweite Halbjahr. In den kommenden Wochen und Monaten stehen wir vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der damit verbundene Wirtschaftskrieg, den Putin gegen Europa führt, gefährdet unsere Energieversorgung und hat die Energiepreise enorm ansteigen lassen. Auf unserer Klausurtagung in Dresden haben wir bereits intensiv beraten, wie wir sicherstellen, dass weder die Bürger:innen noch die Unternehmen in dieser Situation alleine gelassen werden.

Dazu haben wir wichtige Beschlüsse gefasst. Mit unserem Papier „Chancen der Transformation nutzen – den Umbruch sozial gestalten“ machen wir deutlich: Um die natürlichen Lebensgrundlagen für die jetzige und für kommende Generationen zu sichern, braucht es einen tiefgreifenden Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gelingt nur, wenn alle dabei mitgenommen werden. Zentral ist deshalb für uns, dass dieser umfassende Wandel sozial gerecht gestaltet wird. Teilhabe, Mitbestimmung und soziale Sicherheit schaffen die Grundlage für eine gerechte Transformation. Daran werden wir als Fraktion weiter arbeiten.

Mit unserem zweiten Papier „Die Krise gemeinsam und solidarisch meistern“ haben wir auf unserer Klausur als größte Regierungsfraktion ein umfassendes Maßnahmenpaket einstimmig beschlossen, welches gezielt Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten soll. Damit haben wir unseren Verhandler:innen für den Koalitionsausschuss ein gutes Papier mit an die Hand gegeben.

Wir lassen niemanden alleine

Die Regierungskoalition hat sich am Sonntag auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen sowie der Unternehmen verständigt. Die bereits beschlossenen Entlastungen in Höhe von 30 Milliarden Euro federn bereits viel ab, doch die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise machen weitere Maßnahmen nötig. Die neuen Entlastungen umfassen ein Volumen von über 65 Milliarden Euro. Wir haben versprochen, dass wir niemanden alleine lassen und ich bin zuversichtlich, dass wir

mit diesem Paket einen Beitrag dazu leisten, dass alle gut durch den Winter kommen. Wir sorgen etwa für direkte Sonderzahlungen, auch für Rentner:innen und Studierende. Ebenfalls haben wir vereinbart, dass die Regelsätze in der Grundsicherung auf rund 500 Euro ansteigen – ein wichtiger Schritt in Richtung Bürgergeld, das 2023 eingeführt wird. Das Kindergeld erhöhen wir um 18 Euro monatlich. Dies bedeutet ein Plus von 864 Euro für eine Familie mit zwei Kindern in den kommenden zwei Jahren. Auch der Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen steigt. Zudem freue ich mich, dass wir unsere Forderung einer Strompreisbremse durchsetzen konnten. Das heißt, wir werden die Kosten für den Energiebedarf einfrieren. Finanzieren werden wir dies auch durch die Abschöpfung von Zufallsgewinnen bei Unternehmen, die durch diesen Krieg und diese Krise profitieren. Das ist eine Gerechtigkeitsfrage und war uns bei den Verhandlungen besonders wichtig. Wir können als SPD-Fraktion mit diesem Maßnahmenpaket sehr zufrieden sein.

Stabilisieren in der Krise – in die Zukunft investieren

In dieser Woche beraten wir den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 sowie den Finanzplan bis 2026. Der Entwurf sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 445,2 Milliarden Euro vor – gut 10 Prozent weniger als im Vorjahr, aber rund 42 Milliarden mehr gegenüber der alten Finanzplanung. Insbesondere die Folgen des russischen Angriffskriegs und die damit einhergehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die Energieversorgung und die steigenden Preise stellen uns vor große Herausforderungen. Es gilt, diese Auswirkungen für die Menschen abzufedern und die Gesellschaft zusammenzuhalten. Dazu bedarf es haushaltspolitischer Handlungsfähigkeit – vor allem auch, um die großen Herausforderungen sozial gerecht und nicht zu Lasten der Schwächsten zu bewältigen.

Zur Sicherung der Handlungsfähigkeit trifft die Bundesregierung daher Vorsorge. Unter anderem sind 5,4 Milliarden Euro zur Sicherung der Energieversorgung veranschlagt. Weitere 5 Milliarden Euro dienen als globale Krisenvorsorge, woraus pandemiebezogene Mehrbelastungen oder Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine erforderlich sind, finanziert werden können. Weitere 2,2 Milliarden Euro sind für die Impfstoffbeschaffung aufgrund der Corona-Pandemie vorgesehen.

Gleichzeitig ist es wichtig, in die Zukunft zu investieren. Daher legen wir einen Haushaltsentwurf vor, mit dem wir weiterhin auf Rekordniveau Zukunftsinvestitionen sicherstellen. Wir werden unser Land gerechter, moderner, digitaler und nachhaltiger machen.

Der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hat auch gezeigt, wie wichtig es ist, Freiheit und Demokratie zu schützen. Deutschland nimmt seine Verantwortung wahr – durch die Bereitstellung von umfangreichen Mitteln in den Bereichen Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und internationaler Klimaschutz. Das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen „Bundeswehr“ ergänzt in den kommenden Jahren den Verteidigungsetat im Bundeshaushalt. Die Mittel werden dazu verwendet, die Bundeswehr umfassend und zeitgemäß auszustatten.

Mit der 1. Lesung des Gesetzentwurfes zum Bundeshaushalt 2023 beginnen in dieser Woche die parlamentarischen Beratungen. Der Regierungsentwurf trägt trotz eines geringeren Gesamtvolumens eine insgesamt starke sozialdemokratische Handschrift. In einigen Bereichen kommt es allerdings auch zu geringeren Mittelansätzen als im laufenden Haushaltsjahr. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wird es darum gehen, den Haushaltsentwurf auf unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte hin weiter zu prüfen und da, wo es nötig und möglich ist, politische Akzente zu setzen. Das ist eine Aufgabe der kommenden Wochen, bei der die Fraktion insgesamt gefordert ist und bei der es auf eine gute und enge Abstimmung unserer politischen Schwerpunkte ankommen wird.

Bevor wir in dieser Woche mit den Beratungen zum Haushalt 2023 beginnen, hält der israelische Staatspräsident Isaac Herzog im Bundestag eine Rede. Es ist die erste Rede des amtierenden israelischen Staatspräsidenten vor dem Plenum des Bundestages.

Am Mittwoch gedenken wir des verstorbenen früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow. Er war ein wichtiger Wegbereiter für das Ende des Kalten Krieges und der deutschen und europäischen Einheit.

Euer

gez. Dr. Rolf Mützenich

Überblick zu den Schwerpunkten im Entwurf des Bundeshaushalts 2023

Zukunftsinvestitionen

Trotz der angespannten Haushaltslage wird nicht an den dringend notwendigen Investitionen gespart. Vielmehr werden Zukunftsinvestitionen über den Finanzplanungszeitraum auf dem Rekordniveau von rund 52 Milliarden Euro jährlich verstetigt. In der Summe betragen die Investitionsausgaben im Jahr 2023 sogar über 58 Milliarden Euro. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Transformation der deutschen Volkswirtschaft in eine nachhaltige, klimaneutrale und digitale Wirtschaft gelingen kann. Die öffentlichen Investitionen zielen insbesondere darauf ab, private Investitionen von Unternehmen zu aktivieren und technologische Innovations- und Wachstumskräfte zu stärken.

Damit Transformation und Fortschritt gelingen können, brauchen wir eine gute digitale Infrastruktur. Der Breitbandausbau muss vorangetrieben werden. Deshalb investieren wir auch im kommenden Jahr an der Stelle massiv. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“.

Die Verkehrsinvestitionen – als größter Ausgabenblock in diesem Bereich – steigen bis 2026 auf rund 20,8 Milliarden Euro an. Dabei wird mehr Geld in die Schiene investiert als in die Straße. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Erhalt und der Sanierung der Verkehrswege.

Um die Zukunftsprojekte im Bereich Mikroelektronik fortzusetzen, sind im Einzelplan des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK) sowie im Einzelplan 60 insgesamt 4,26 Milliarden Euro für 2023 vorgesehen.

Insgesamt stehen bis 2026 mehr als 122 Milliarden Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung. Damit finanzieren wir auch die Leistungsverbesserungen beim BAföG – darunter höhere Bedarfssätze und Elternfreibeträge – und die Stärkung der missionsorientierten Forschung zu zentralen Themen wie Klimaschutz, Gesundheit und Schlüsseltechnologien. Zudem sorgen wir für Aufwuchs für den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“, damit der Bund mehr zur Grundfinanzierung der Hochschulen beitragen kann.

Investitionen in Klimaneutralität bis 2045

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Damit uns das gelingt, nehmen wir viel Geld in die Hand. Über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) erhöhen wir die Zuschüsse für stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen – von 944 Millionen auf 2,5 Milliarden Euro. Die finanziellen Mittel für die Dekarbonisierung der Industrie erhöhen wir um eine Milliarde auf 2,2 Milliarden Euro. Die Zuschüsse zur Errichtung der Ladeinfrastruktur für E-Autos erhöhen wir um 500 Millionen auf 1,9 Milliarden Euro. Hinzu kommen mehr finanzielle Mittel für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft. Im KTF stehen hierfür künftig insgesamt 3,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Insgesamt stehen im KTF in den kommenden Jahren rund 200 Milliarden Euro zur Verfügung.

Sozial und klimagerecht bauen

Der soziale Wohnungsbau bleibt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein wichtiger Schwerpunkt – das ist vor allem unser Verdienst. Der Haushaltsentwurf sieht dafür über 500 Millionen Euro mehr vor.

Außerdem wollen wir verstärkt genossenschaftliches Wohnen unterstützen. Deshalb stellen wir für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen über die KfW mehr Geld zur Verfügung: Im Entwurf für 2023 sieht der Titel 2 Millionen Euro mehr vor als in diesem Jahr.

Bei der Städtebauförderung halten wir das Niveau: 790 Millionen Euro werden wir auch im kommenden Jahr in den Umbau und die Entwicklung von Städten und Gemeinden investieren und so beispielsweise Innenstädte und Ortszentren weiter stärken, Leerstand bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren unterstützen.

Aus dem KTF finanzieren wir weiter die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur. Dafür haben wir 2022 bereits 476 Millionen Euro über das Sondervermögen neu eingestellt. Um dem Klimawandel weiter ganz konkret in den Kommunen begegnen zu können, investiert der Bund auch künftig in entsprechende Projekte zur Anpassung urbaner Räume. Das 2022 neu initiierte Programm führen wir mit Mitteln des Bundes weiter. Außerdem fördern wir auch künftig Maßnahmen zur Energieeffizienz und den Ausbau Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich: Die Mittel hierfür werden wir von 9,6 auf 18,9 Milliarden Euro fast verdoppeln.

Sozialer Zusammenhalt

Wir stärken den sozialen Zusammenhalt, sichern die gesetzliche Rente und reformieren unser soziales Sicherungssystem durch das neue Bürgergeld, das die bisherige Grundsicherung ab 2023 ablöst.

Für uns ist das Bürgergeld eine Frage des Respekts. Wer Arbeit sucht, hat eine würde- und respektvolle sowie passgenaue Unterstützung auf Augenhöhe verdient. Das Bürgergeld stellt die Potenziale der Menschen und Hilfen zur nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich leisten wir damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs hierzulande und bauen Bürokratie ab. Das Bürgergeld schafft die Rahmenbedingungen, um mehr Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Damit diese Reform ab 2023 schrittweise umgesetzt werden kann, muss das Gesamtbudget im Sozialgesetzbuch II (SGB II) schrittweise steigen.

Die Pandemie hat uns eindrücklich gezeigt, dass wir auf ein stabiles, verlässliches und solidarisch finanziertes Gesundheitssystem angewiesen sind. Vor allem durch die Pandemie und die Folgen des demografischen Wandels steht die gesetzliche Krankenversicherung finanziell stark unter Druck. Ein Defizit von 17 Milliarden Euro hat sich aufgebaut. Dies wollen wir reduzieren, indem wir etwa einen zusätzlichen Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds einführen und ein Darlehen gewähren, Finanzreserven der Krankenkassen abschmelzen und den Zusatzbeitrag moderat anheben. Damit stellen wir die Finanzierung unseres Gesundheitssystems auf eine solide Grundlage.

Wir stärken zudem die demokratische Zivilgesellschaft. Die Mittel zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie erhöhen wir 2023 auf 200 Millionen Euro, ein Plus von 16,5 Millionen. Im Etat des Bundesfamilienministeriums nimmt das Elterngeld wie im Vorjahr den größten Anteil ein, etwa zwei Drittel der Ausgaben. Wir erhöhen die Mittel für diese zentrale Familienleistung auf 8,3 Milliarden Euro.

Internationale Verantwortung

Seit mehr als sechs Monaten führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland und seine internationalen Partner in der EU und NATO stehen fest an der Seite der Ukrainer:innen.

Deshalb unterstützen wir die Ukraine militärisch, finanziell, diplomatisch und humanitär. Deutschland wird künftig aber auch selbst mehr Verantwortung übernehmen und

in seine Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit investieren. Dies spiegelt sich im Haushaltsentwurf 2023 der Bundesregierung wider.

Die Bundeswehr versetzen wir künftig in die Lage, die nötige Ausrüstung für ihre sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO zu erhalten. Dafür haben wir im Haushalt 50,1 Milliarden bereitgestellt und das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Daraus investieren wir im Jahr 2023 gut 8,5 Milliarden Euro für Beschaffungen. Zusammen mit dem vor der Sommerpause verabschiedeten Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz werden wir schneller Mittel für die Ausrüstung der Bundeswehr investieren können. All das sichern wir parlamentarisch ab: Der Bundestag wird bei der Verteilung der Gelder eingebunden.

So schaffen wir Planungssicherheit für die Ausrüstung unserer Soldat:innen. Diese Bundesregierung wird den jahrelangen Stillstand bei der Ausstattung der Bundeswehr beenden und endlich die notwendigen Investitionen in die Landes- und Bündnisverteidigung auf den Weg bringen.

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik greift aber weiter. Sie ist multilateral gestaltete Friedenspolitik und zugleich Ausdruck unseres humanitären und solidarischen Selbstverständnisses. Abrüstung, Krisenprävention und Humanitäre Hilfe gehören zum Selbstverständnis der Bundesregierung und der steigenden außenpolitischen Verantwortung Deutschlands in der Welt. Die Bundesregierung bleibt mit über 22 Milliarden Euro im Bereich der öffentlichen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Ausgaben) weiterhin zweitgrößte Gebernation hinter den USA. Für humanitäre Hilfe stehen dabei 2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Energieversorgung sichern

Putin setzt Energiepolitik als Waffe ein. Vor allem die exorbitant hohen Gaspreise bringen viele Menschen und Unternehmen in Deutschland zunehmend in Bedrängnis. Deutschland muss so schnell wie möglich unabhängig werden von russischer Energie. Für uns gilt: Energie muss sicher, bezahlbar und klimaneutral sein. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung stellt hierfür die Weichen.

Im Etat des BMWK sind für 2023 finanzielle Mittel vorgesehen, um die Energieversorgung zu diversifizieren. Dazu gehören unter anderem 1,1 Milliarden Euro bis 2026 für die Anmietung und den Betrieb von schwimmenden Gas-Terminals. Hinzu kommen 5 Milliarden Euro für besonders betroffene Unternehmen – davon 4 Milliarden Euro aus dem Ergänzungshaushalt 2022 und 1 Milliarde Euro aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2023.

3. ZUR WOCHE

TOP 2: Corona-Schutzmaßnahmen für den Herbst und Winter

Besonders vulnerable Personen sind weiterhin durch das Corona-Virus gefährdet. Wir ergänzen daher das im Juli 2022 in erster Lesung beratenes Covid-19-Schutzgesetz um Schutzmaßnahmen für den Herbst und Winter (§28a und b IfSG). Geplant sind bundesweit einheitliche Maßnahmen, wie beispielsweise die Maskenpflicht im Fernverkehr, sowie ein zweistufiges Pandemiemanagement durch die Bundesländer. Diese Regeln werden ab dem 1. Oktober 2022 bis zum 7. April 2023 gelten. Das Gesetz sieht weitere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung vor, unter anderem eine Verlängerung der Ermächtigungsgrundlage des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) für die Corona-Impfverordnung und Testverordnung bis zum 31. Dezember 2022 sowie eine Verlängerung der Impfberechtigung für Apotheker:innen, Zahn- und Tierärzt:innen bis zum 30. April 2023. Des Weiteren wird der Infektionsschutz in Einrichtungen und Unternehmen der Pflege und Eingliederungshilfe gestärkt.